



**IPPNW**

**International Physicians  
for the Prevention  
of Nuclear War**

**Deutsche Sektion der  
Internationalen Ärzte für die  
Verhütung des Atomkrieges/  
Ärzte in sozialer  
Verantwortung e.V.**

Körtestr. 10 | 10967 Berlin  
Tel.: +49 (30) / 698 07 40  
Fax: +49 (30) / 693 81 66  
E-Mail: [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

**Vorstand**

Dr. Inga Blum  
Carlotta Conrad  
Dr. Sabine Farrouh  
Dr. Katja Goebbels  
Susanne Grabenhorst  
Frederik Holz  
Dr. Alex Rosen  
Katharina Thilke  
**International Councillor**  
Dr. Helmut Lohrer  
Dr. Eva-Maria Schwienhorst-Stich  
**Ehrenvorstandsmitglied**  
Prof. Dr. Ulrich Gottstein

**Wissenschaftlicher Beirat**

Dr. Jan van Aken  
Prof. Dr. Elmar Altvater  
Dr. Dieter Deiseroth  
Dr. Alfred Körblein  
Dr. Heinz Loquai  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat  
Prof. Dr. Götz Neuneck  
Prof. Dr. Norman Paech  
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake  
Prof. Dr. Otmar Wassermann

IPPNW e.V. | Körtestr. 10 | 10967 Berlin

## **P E T I T I O N**

an den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Rathaus im Römer, 8. Juli 2016

### **Der 8. Juli ist der internationale Erinnerungs- und Flaggentag der „Bürgermeister für den Frieden“**

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister Peter Feldmann !

Heute am 8. Juli 2016 bitten wir, Frankfurter Ärzte der „IPPNW“ (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs), die Stadt Frankfurt, sich für den Abzug der US-NATO-Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel einzusetzen und an die Bundesregierung zu appellieren, sich im Rahmen der UNO für ein Verbot der Drohung mit Atomwaffen und für deren Abrüstung zu engagieren.

Vor drei Jahren nahmen die Stadt Frankfurt und die ärztliche Friedensbewegung IPPNW die „Friedensfahne der „Mayors for Peace“ entgegen, die seither an jedem 8. Juli vor der Paulskirche weht, bis zu den Hiroshima/Nagasaki Tagen am 6. und 9. August. Im letzten Jahr hing die Fahne auch in der großen Ausstellung „70 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki“ im „Haus am Dom“. Damit erinnerten die Stadt und wir an die Totalzerstörungen nach den damals noch kleinen Atombomben-Explosionen von nur 12 Kilotonnen, und wiesen auf die Inhumanität der verbliebenen etwa 15.000 Atombomben in Russland, den USA und den anderen 7 Atomwaffenstaaten hin, die eine Sprengkraft des zehnbis hundertfachen der Hiroshimabombe haben.

In diesem Jahr ist der 8. Juli der 20. Jahrestag der Veröffentlichung des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofs, demzufolge die Androhung und besonders der Einsatz von Atomwaffen gegen internationales Recht und gegen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstoßen. Das Rechtsgutachten hat außerdem betont, dass eine Verpflichtung besteht, in einem Vertrag die Ächtung von Atomwaffen zu beschließen. Dieser Tag wurde von dem Weltpräsidium der Mayors for Peace zum Tag der Erinnerung und Mahnung und zum Flaggentag bestimmt.

In rund 200 deutschen Städten werden die Fahnen mit dem Wort „Frieden“ in japanisch, englisch und deutsch, im Ausland in der jeweiligen Landessprache, zur Warnung und Mahnung wehen, fast 500 deutsche Städte und mehr als 7.000 Städte weltweit haben sich zum Engagement für Frieden und eine atomwaffenfreie Welt verpflichtet.

Deutschland müsste sich besonders verpflichtet fühlen, die Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen zu fordern, denn gegen unser damals von Hitler regiertes Land waren die Atombomben erfunden und entwickelt worden. Wäre es den USA rascher möglich gewesen, einsatzfähige Atombomben zu bauen, hätte Deutschland sehr wahrscheinlich das Schicksal von Hiroshima und Nagasaki erlitten.

Wir sind zutiefst enttäuscht und empört darüber, dass die jetzige Bundesregierung, wie auch die vorausgegangenen, sich nicht energisch für den Abzug der Atombomben aus Büchel einsetzt, obgleich der Deutsche Bundestag in einem überparteilichen Beschluss das 2010 gefordert hatte. Es wird von der Bundesregierung nicht berücksichtigt, dass laut einer aktuellen Forsa-Umfrage 93 % der Bundesbürger für ein völkerrechtliches Verbot der Atomwaffen sind und 85 % den Abzug der auf deutschem Boden gelagerten US-Atomwaffen der NATO fordern.

Unsere Regierung spricht sich nicht für ein Verbot der Atomwaffen aus, obgleich sich alle Vertragsstaaten im „Nuklearen Nicht-Verbreitungsvertrag“ (Non-Proliferation Treaty) verpflichtet hatten, keine Atomwaffen zu entwickeln und weiter zu verbreiten und kontinuierlich das Atomwaffenarsenal abzubauen, bis zur vollkommenen Abschaffung.

Da es nicht gelang, auf dem Gesetzes- und Vertragsweg die Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen zu erreichen, hat die internationale Zivilgesellschaft unter Federführung Österreichs im Jahr 2014 alle Staaten aufgerufen, aus humanitären Gründen ein Verbot von Atomwaffen zu fordern. Diesen „humanitarian pledge“, also die „humanitäre Selbstverpflichtung“, haben bereits 127 atomwaffenfreie Staaten unterschrieben. Leider Deutschland nicht!

Die „Mayors for Peace“ und die „Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs-IPPNW“ sowie das „Internationale Rote Kreuz“, der „Weltärztebund“, andere humanitäre Organisationen und die internationale Friedensbewegung stehen zu ihrer Forderung, die Atomwaffen zu verbieten, wie das in vergangenen Jahren auch schon mit den biologischen und chemischen Kampfstoffen gelungen war.

Heute am 8. Juli bitten wir Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sich dieser unserer Forderung voll anzuschließen, und wie 2013 von Ihnen versprochen wurde, „Flagge zu zeigen“.

*i.A. Prof.Dr.med. Ulrich Gottstein*

Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied der IPPNW-Deutschland  
IPPNW-Frankfurt am Main, Ludwig-Tieck-Str. 14, 60431 Frankfurt